

1000 Mitglieder. In den einzelnen Provinzen ist die Stärke unserer Organisation im Verhältnis zu den bei der letzten Reichstagswahl abgegebenen Stimmen folgende: Provinz Ostpreußen 8575 Organisierte, 6,4 Proz. der bei der letzten Wahl abgegebenen Stimmen, Provinz Westpreußen 706 Organisierte = 3,5 Proz., Provinz Brandenburg 57 888 Organisierte = 12,5 Proz., Provinz Pommern 5051 Organisierte = 9,0 Proz., Provinz Posen 255 Organisierte = 3,1 Proz., Provinz Schlesien 17 208 Organisierte = 9,8 Proz., Provinz Sachsen 20 576 Organisierte = 10,5 Proz., Provinz Schleswig-Holstein 23 567 Organisierte = 21,4 Proz., Provinz Hannover 20 665 Organisierte = 15,8 Proz., Provinz Westfalen 18 150 Organisierte = 9,4 Proz., Provinz Hessen-Rhainl. 11 060 Organisierte = 13,2 Proz., Rheinprovinz 20 315 Organisierte = 9,9 Proz. Das macht für das ganze (Königreich) Preußen 194 910 Organisierte = 11,2 Proz. Weiter hat Königreich Bayern 35 000 Organisierte = 16,4 Proz., Königreich Sachsen 58 905 = 13,1 Proz., Königreich Württemberg 13 400 = 13,4 Proz., Großherzogtum Baden 10 608 Organisierte = 14,6 Proz., Großherzogtum Hessen 14 404 Organisierte = 20,9 Proz., Großh. Sachsen-Weimar 3736 Organisierte = 10,5 Proz., Großh. Oldenburg 3594 Organisierte = 7,8 Proz., Herzogtum Braunschweig 2079 Organisierte = 7,8 Proz., Herzogtum Sachsen-Meiningen 1822 Organisierte = 10,9 Proz., Herzogtum Sachsen-Altenburg 3500 Organisierte = 18,7 Proz., Herzogtum Sachsen-Coburg-Gotha 2097 Organisierte = 10,8 Proz., Herzogtum Anhalt 3420 Organisierte = 12,8 Proz., Fürstentum Schwarzburg-Sondershausen 668 Organisierte = 12,7 Proz., Fürstentum Schwarzburg-Rudolstadt 800 Organisierte = 10,0 Proz., Fürstentum Waldeck 60 Organisierte = 8,6 Proz., Fürstentum Reuß ä. L. 832 Organisierte = 12,1 Proz., Fürstentum Reuß j. L. 2732 Organisierte = 20,6 Proz., Fürstentum Lippe 385 Organisierte = 10,3 Proz., Hansestadt Lübeck 2064 Organisierte = 18,5 Proz., Hansestadt Bremen 5420 Organisierte = 21,6 Proz., Hansestadt Hamburg 21 902 Organisierte = 21,8 Proz., Elßaß-Lothringen 1963 Organisierte = 2,9 Proz.

Für ganz Deutschland macht das 384 327 Organisierte = 12,76 Proz. Bei einigen süddeutschen Staaten habe ich freilich die Vermutung, daß sie eine ganze Anzahl Rekruten mitgeschleppt haben. (Lebhafter Widerspruch bei den Süddeutschen.) Ich habe ja diesen Widerspruch erwartet, und da ich keine Beweise hatte, habe ich mich wohlweislich gehütet, an den Zahlen etwas zu ändern. Zum Beispiel stände Hessen dann allerdings mit 20 Proz. außerordentlich hoch da. (Zuruf bei den Hessen: Wir haben ja auch die höchsten Beiträge!) Für Schwarzburg-Rudolstadt lagen keine Angaben vor. Ich habe aber wahrscheinlich die geschätzte Zahl von 800 Organisierten nicht zu hoch gegriffen, da bei den letzten Reichstagswahlen dort über 8000 Stimmen abgegeben worden sind. Nun ist keine Frage, daß, wenn alle die Parteigenossen, die jetzt durch die Landesgesetzgebung, wie z. B. in Mecklenburg und Schaumburg-Lippe verhindert sind, die Kreisorganisation durchzuführen, sich organisieren könnten, wie sie wollten, wir ziemlich an 400 000 organisierte Parteigenossen herankommen würden. Die Reihenfolge der Einzelstaaten nach der Stärke der Organisation im Verhältnis zur abgegebenen Stimmenzahl ist folgende: Obenan steht Hamburg mit 21,8 Proz. (Es ist kein Zufall, daß überall dort, wo kein Zwang zur politischen Anmeldung vorhanden ist, die höchste Zahl der Organisierten vorhanden ist). Es folgen Bremen mit 21,6 Proz., Hessen mit 20,1 Proz., Reuß mit 20,6 Proz., Oldenburg mit 20,0 Proz., Sachsen-Altenburg mit 18,7 Proz., Lübeck mit 18,5 Proz., Württemberg mit 13,4 Proz., Sachsen mit 13,1 Proz., Schwarzburg-Sondershausen mit 12,7 Proz., Anhalt mit 12,8 Proz., Reuß mit 12,1 Proz., Preußen mit 11,2 Proz., Sachsen-Meiningen mit 10,9 Proz., Coburg-Gotha mit 10,8 Proz., Sachsen-Weimar mit 10,5 Proz., Lippe-Deilmold mit 10,3 Proz., Schwarzburg-Rudolstadt mit 10,0 Proz., Braunschweig mit 7,8 Proz., Waldeck mit 8,6 Proz., Elßaß-Lothringen mit 2,9 Proz. Für Deutschland ins-

gesamt ist die Zahl also 12,76 Proz. Ich glaube nicht fehlzugehen in der Annahme, daß diese Zahlen Sie nicht voll befriedigen; sie sind auch nicht befriedigend. Um so erfreulicher ist der Stand unserer Parteipresse. Im letzten Jahre hat kein Parteiblatt Verluste an Abonnenten erlitten; alle haben zugenommen. (Bravo!) Vor zwei Jahren betrug die Zunahme im ganzen 47 380, vor einem Jahre 58 870, im abgelaufenen Jahre 158 698. (Bravo!) Das bedeutet gegen das Vorjahr ein Mehr von rund 100 000. Hieran hat allerdings auch die unermüdliche fleißige Agitation unserer sozialistischen Frauen einen großen Anteil, denn dadurch ist die Auflage der „Gleichheit“ gewaltig gestiegen. Die „Neue Zeit“ und einzelne kleine Wochenblätter, die der Agitation dienen, fehlen in diesen Zahlen. Der jetzige Abonnentenstand unserer Parteipresse beträgt insgesamt 837 790. Die Einnahmen aus Abonnements sind von 4 151 000 Mk. im Vorjahre auf 4 833 460 Mk. im abgelaufenen Jahre gestiegen, also eine Zunahme von 682 460 Mk. Die Einnahmen aus Inseraten sind gestiegen von 2 537 000 auf 2 871 076, das heißt um 334 076 Mk. Insgesamt hatte unsere Parteipresse eine Mehreinnahme aus Abonnements und Inseraten von 1 016 536,98 Mk. (Bravo!) Dieser Erfolg zeigt, was durch rastlose Arbeit geleistet werden kann. Diese Zahlen zeigen uns aber auch, welche Arbeit noch zu leisten ist. Was uns bei der Presse gelungen ist, muß uns auch bei der Parteiorganisation gelingen. (Sehr richtig!) Bedenken wir immer, Parteigenossen, wir haben nur noch ein Jahr der Ruhe, dann wird die Partei wieder im Feuer exerzieren und einen schweren Wahlkampf ausfechten müssen. Wir kennen jetzt den schwachen Punkt in unserer Gefechtsstellung: die Organisation. Da kann es für uns nur eine Parole geben: Bis zum nächsten Jahre müssen wir eine Million Abonnenten und eine halbe Million organisierter Kämpfer haben. Setzt in dem Arbeitsjahre, das wir noch vor uns haben, die Partei ihre ganze Kraft an diese Aufgabe, dann erreicht sie das gesteckte Ziel und dann können wir wohlgerüstet und wohlgenut in das Kampfsjahr eintreten. (Lebhafter Beifall.)

Hierauf erstattet Baden-Dresden den

Bericht der Kontrollkommission

und führt aus: Der Bericht der Kontrollkommission fällt diesmal etwas größer aus als früher, wenn er auch nicht so groß werden wird wie der des Genossen Gerisch. Das liegt zum Teil an der Organisation und teils daran, daß durch vermehrte Ausschüsse mehr Rekrute an die Kontrollkommission eingelassen sind. Zunächst haben wir die Berufung des Vorstandes des Lübecker sozialdemokratischen Vereins gegen das Urteil des Schiedsgerichts vom 18. Januar 1906, weil das Schiedsgericht den Ausschluß der Genossen Kieber und Detlow aus der Partei wegen Streifbruchs abgelehnt hat. Beide führten während eines Streiks den Umbau eines Ladens aus. Als Mitglieder des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands hätten sie, weil sie nicht in den Streik eingetreten sind, die bei Streiks erhöhten Beiträge zu zahlen gehabt, was für Lübeck pro Tag 60 Pf. betragen hätte. Nun erklärten jene, daß sie den erhöhten Beitrag nicht zahlen könnten, weil sie unter der Materialsperrung litten. Sie würden denselben aber gerne bezahlen, wenn ihnen die Streifleistung das Material liefere. Weil nun jene den Beitrag nicht zahlten, wurden sie aus dem Verband ausgeschlossen. Zum Streifbruch wegen Umbau des Ladens erklärten sie, sie seien vom Inhaber dieses Ladens aufgefordert worden, einen Anschlag einzureichen, worin sie 400 Mk. gefordert hätten. Daraufhin hätten sie die Arbeit erhalten, aber nach dem Zuschlag sei ihnen vom Bauherrn mitgeteilt worden, da er sie wenig kenne und er deshalb nicht wisse, ob sie die Arbeit richtig ausführen, so wäre er gezwungen, ihre Arbeit überwachen zu lassen und diese Überwachung werde durch den Bauunternehmer Corda in Lübeck ausgeübt. Ihrem Einwand dagegen, daß dies nicht

Tadel aus. Der Wahlkreis legte Berufung ein. Die Kontrollkommission wies die Berufung zurück, da kein neues Material vorlag, der Sperrbruch lange zurück lag und der Metallarbeiterverband sich bereit erklärt hatte, Löteberg aufzunehmen wenn er sich melden sollte. Außerdem hatte Löteberg ein volles Jahr gearbeitet, bis man gegen ihn vorging. Der Metallarbeiterverband sieht die Sache als verjährt an, da konnte auch die Kontrollkommission nicht zu einer schärferen Maßnahme greifen.

Eine andere Beschwerde ist die des ehemaligen Mitgliedes Siebel in Dortmund. Er ist vor Jahren aus dem Dortmunder Verein ausgeschlossen worden, wurde dann wieder aufgenommen, brachte aber bei Gelegenheit eines Vortrages die alten Streitigkeiten wieder zur Sprache, worauf er aufs neue ausgeschlossen wurde. Es wurde ihm auch vorgehalten, daß er wiederholt die gegnerische Presse zu Angriffen auf die Partei benützt habe. Die Kontrollkommission, die sich schon vorigesmal mit Siebel beschäftigt hatte, legte ihm anheim, seine Wiederaufnahme bei dem Parteitag zu beantragen. Auch die alte Angelegenheit Mühlhausen im Elsaß beschäftigte wiederum die Kontrollkommission. Da die Mühlhäuser Parteiorganisation dieselbe als noch nicht erledigt betrachtete, kam es in einer Sitzung, an der Kontrollkommission, Parteivorstand und Vorstand der Mühlhäuser Parteiorganisation sich beteiligten, zu folgender Erklärung:

Die Mühlhäuser Parteigenossen ernenen an, daß Handlungen, die der Genosse Emmel gegen den ausdrücklichen Beschluß der Parteileitung unternommen hat, den Tadel rechtfertigen, den die Kontrollkommission auf Parteitagen gegen Genossen Emmel ausgesprochen hat.

Die Kontrollkommission ihrerseits erklärt, daß bei der einwandfreien Tätigkeit, die Genosse Emmel gegenwärtig im Interesse der Partei entfaltet, diese Vorgänge als erledigt zu betrachten sind und für die Partei keinen Grund mehr abgeben können, dem Genossen Emmel die Vertrauenswürdigkeit abzuspreden.

Dieser Beschluß ist im „Vorwärts“ veröffentlicht worden. Die Angelegenheit ist damit erledigt. Als achter Beschwerdeführer erscheint der Genosse Druckereibesitzer Günther in Braunschweig. Er hat es den Genossen verüßelt, daß sie seine Druckerei nicht übernommen, sondern eine eigene gegründet haben. Er verlangte 21 000 Mk. für seine Druckerei, die Genossen wollten nur 15 000 Mk. zahlen. Jetzt verlangt er 6000 Mk. als Ersatz für einen früher von ihm selbst übernommenen Fehlbetrag bei dem „Braunschweiger Volksfreund“. Der Vorstand hat das abgelehnt, und auch die Kontrollkommission hat die Ablehnung ausgesprochen, weil Günther vor zehn Jahren selbst auf die 6000 M. verzichtet hatte, um den Druckauftrag für den „Volksfreund“ noch zehn Jahre zu behalten.

— In Heßberg sind zwei Genossen Brecht und Spinger ausgeschlossen worden, weil sie an das dortige Zentrumsblatt Artikel gesandt hatten, die interne Parteiaufstände geißelten. Der Genosse Brecht gibt zu, das getan zu haben, behauptet aber, das sei geschehen, um die verrotteten Parteizustände in Heßberg zu beseitigen. Genosse Spinger hat dies Vorgehen ausdrücklich gebilligt. Die Kontrollkommission ist dem Beschluß auf Ausschluß beigetreten. Die letzte Beschwerde, welche uns beschäftigt, ging aus von den Genossen Wiesenthal und Cordts in Berlin. Sie richtete sich gegen den Parteivorstand und die Berliner Preßkommission wegen Verweigerung der Aufnahme von Sperr- und Streikannoncen im „Vorwärts“. Es wurde behauptet, daß der „Vorwärts“ z. B. dem Hirsch-Dunderschen Gewerbeverein der Maschinenbauer seine Spalten geöffnet habe und es wurde eine solche Annonce vorgelegt. Es wurde festgestellt, daß diese Annonce nur aus Versehen in dem „Vorwärts“ aufgenommen worden ist, ebenso wie auch eine Annonce betr. den „Allgemeinen Metallarbeiterverband“. Der „Allgemeine Metallarbeiterverband“ ist bekanntlich eine Abspaltung des „Deutschen Metallarbeiterverbandes“. Um eine genauere Kenntnis von dieser Angelegenheit zu erhalten und weil Wiesenthal und Cordts nach

Mannheim gekommen waren, um hier ihre Sache zu vertreten, zog die Kontrollkommission zu der Besprechung mit ihnen auch ein Mitglied des Parteivorstandes sowie die Genossen Wels und Grauer von der Berliner Preßkommission hinzu. Die Kontrollkommission hat schließlich die Beschwerde des Allgemeinen Metallarbeiterverbandes, Sitz Berlin, zurückgewiesen, und zwar mit folgender Motivierung: „Die Partei kann sich in gewerkschaftliche Streitfälle nicht einmischen, solange nicht allgemeine Parteiinteressen dabei berührt werden. Sie kann daher auch ein Urteil über den Streit des Allgemeinen Metallarbeiterverbandes resp. des Genossen Wiesenthal mit dem Deutschen Metallarbeiterverband (Sitz Stuttgart) nicht abgeben, umsoweniger, als die früheren Mitglieder des Deutschen Metallarbeiterverbandes ihr Beschwerderecht nicht ausgenutzt haben. Die Partei muß aber jeden Abspaltungsversuch in der modernen Arbeiterorganisation, als welchen sich die Gründung des Allgemeinen Metallarbeiterverbandes darstellt, entschieden zurückweisen. In dem angenommenen Antrag 102 des Parteitages zu Lübeck ist die Stellung der Partei auch klar und unabweisbar mit dem Ausdruck gekommen. Die Kontrollkommission ist in Uebereinstimmung mit dem Parteivorstand und der Preßkommission der Meinung, daß dem Abspaltungsversuche Vorstoß geleistet würde, wenn der „Vorwärts“ für Publikationen des neu gegründeten Verbandes geöffnet ist. Die Spruchspraxis des Parteivorstandes und der Preßkommission, den „Vorwärts“ nur den Organisationen zur Verfügung zu stellen, welche bei der Berliner Gewerkschaftskommission oder dem Kartell angeschlossen sind, hat sich als praktisch und zutreffend bewährt und kann sich die Kontrollkommission dem nur anschließen. Die (verheerende) Aufnahme eines Interats des Hirsch-Dunderschen Gewerbevereins der Maschinenbauer und Metallarbeiter kann diese unsere Auffassung nicht beeinträchtigen.“

Unberührt bleibt durch diesen Urteilspruch die persönliche Auffassung der einzelnen Genossen über den Streitfall selbst, wie er sich zwischen dem Allgemeinen und dem Deutschen Metallarbeiterverband abgespielt hat.“

Wir haben die uns überwiesenen Resolutionen eingehend vorgenommen: ich kann erklären, daß wir nicht das geringste auszuweisen haben.

Auch im Geschäft in Stuttgart haben wir alles in bester Ordnung befunden, und daher beantrage ich im Namen der Kontrollkommission, dem gesamten Vorstand für seine Tätigkeit nach allen Richtungen hin Dankgabe zu erteilen. Ehe ich schließe, kann ich nicht unterlassen, auch hier auf dem Parteitag auszusprechen, daß wir in der Kontrollkommission in diesem Jahre wiederum einen schweren Verlust zu beklagen haben: Heinrich Meißter ist uns durch den Tod entzogen worden. (Die Anwesenden erheben sich von den Sigen.) Wir verlieren in Meißter einen unserer besten und tätigsten Genossen. Heinrich Meißter war einer von der alten Garde. Seit mehr denn vierzig Jahren hat er unter der Fahne des Proletariats politisch und gewerkschaftlich in den ersten Reihen gekämpft. Seit dem Berliner Parteitag war er Vorsitzender der Kontrollkommission. Wir können am besten ermessen, was wir an Heinrich Meißter verloren haben. Sein Name hatte einen guten Klang in der Partei wie auch in der Gewerkschaft. Denn wo der Kampf am stärksten tobte, da fanden wir seit Jahrzehnten unseren Heinrich Meißter mit an der Spitze, wo er mit frohem Kampfesmut, verbunden mit einem freundschaftlichen und kameradschaftlichen Wesen, sich die Herzen und die Freundschaft aller erwarb, die mit ihm zusammenkamen. Er war der Kämpfer und Proletarier im besten Sinne. Als Proletarier geboren ist er auch als Proletarier gestorben. Sein Leben war ein Leben des Kampfes und der Arbeit. Nichts hatte er errungen, was ihm in seinen alten Tagen ein sorgenfreies Leben gestattet hätte. Aber was er errungen, das ist die Liebe des Proletariats und das war das Höchste und Schönste für ihn. In Hannover zeigte es Partei und Gewerkschafter an seinem Begräbnis-

tage, was Ihnen Heinrich Meißner war, und so hoffe auch ich, daß die Gesamtpartei das Andenken unsres Meißner stets in Ehren halten wird, denn er war einer unserer Besten. (Stürmischer Beifall.)

Vorsitzender Singer: Der soeben eingelaufene Antrag 139, der zu dem Bericht des Vorstandes gehört, berührt eine Materie, die bereits in Anträgen behandelt ist. Ich glaube deshalb annehmen zu dürfen, daß er genügend unterstützt ist.

Zur Diskussion werden gestellt die Anträge 8, 131, Absatz 1, 139 und 178. **Runge-Vochum** (zur Begründung der Anträge 8, 131 und 139): Ich glaube mir eine längere Begründung der Anträge ersparen zu können und bin der Ueberzeugung, daß aus den Ausführungen des Vorstandes hervorgeht, daß eine Ueberlastung des Vorstandes vorhanden ist. Wenn Genosse Pfannschäfer heute morgen sagte, der Vorstand habe nicht überall seine Pflicht erfüllt, so ist das zum Teil zutreffend. Aber man kann nicht ein hüstwilliges Verschulden annehmen. Wir sind eben der Meinung, daß innerhalb des Parteivorstandes zu wenig Personen vorhanden sind. Sie können die durch die festere Organisation vermehrte Arbeit nicht bewältigen. Wir halten es für notwendig, daß die Mitglieder des Parteivorstandes des öfteren hinausgehen und gewisse Situationsreife vornehmen (Zuruf: Revisionstreifen), um draußen in der Provinz manche Änderungen zu treffen. Ich bin überzeugt, die bitteren Klagen des Genossen Gerisch, daß in puncto Finanzen nicht alles in Ordnung ist, könnten durch öftere Fühlungnahme aus der Welt geschafft werden. Ich möchte darauf hinweisen, daß in dieser Beziehung die Vorstände der Gewerkschaften manches erlebigen, was uns hier Anlaß zur Kritik gibt. Was die Zahl von zwei Personen anlangt, so haben wir keineswegs die Absicht, daran festzuhalten. Das mag dem Parteitag überlassen sein und es mag vielleicht auch die Anregung des Vorstandes angenommen werden. Uns geht es lediglich darum, daß der Parteivorstand vermehrt wird, damit es einmal möglich ist, bessere Fühlung mit den Genossen zu nehmen. Es wird vielleicht auch der Wunsch des Parteitages sein, mehr Fühlung zwischen Partei und Gewerkschaften herzustellen (Zuruf: Geschickt ja schon!) und daß deshalb die Sekretäre aus den Reihen der aktiven Gewerkschafter genommen werden.

Uebung-Mainz (zur Begründung des Antrages 178): Wir wissen, wie schwer es den kleinen Parteiblättern gemacht wird, drei Wochen lang in ständiger Reihenfolge die Berichte des Parteivorstandes abzudrucken, und wir wissen, daß im Augenblick, wo die Berichte erscheinen, die bürgerlichen Blätter bereits in die Polemik eingetreten sind, so daß es den Lesern unserer Provinzpresse schwer wird, die Sache zu beurteilen, weil sie die Berichte noch nicht gelesen haben. Es könnten diese Berichte mit geringen Kosten den kleinen Blättern als Beilage zur Verfügung gestellt werden. Die größeren Parteiblätter sind in der Lage, dieses aus eigenen Mitteln schon jetzt zu tun und tun es auch. Warum sollen die Leser der kleineren Blätter denn auch hierin benachteiligt sein?

Hierauf wird in die Diskussion über Punkt 1 und 2 der Tagesordnung und die obengenannten Anträge eingetreten.

Sonrath-Nachen (Stadt): Im äußersten Westen haben wir selten einen Bericht des Parteivorstandes mit einer solchen Genugtuung begrüßt wie den diesjährigen, und zwar deswegen, weil er die wichtigen Fragen der Mednerhschule, der Parteikorrespondenz und der Sammlung der von der Fraktion im Laufe der Jahrzehnte gestellten Anträge enthält. Ich bin der Meinung, daß mit diesen Arbeiten namentlich uns in den westlichen Bezirken, wo wir in der Hauptsache noch einen sehr erbitterten Kampf gegen unsere eigenen Klassengenossen, die in völliger Verleumdung ihrer Interessen noch in den Reihen des Zentrums stehen, zu führen haben, sehr wesentliche Dienste geleistet werden. Ich bin ja freilich mit der Absicht hierher gegangen, ganz energisch den Parteitag zu bitten, für uns im äußersten Westen noch ein Uebriges zu tun. Ich bin der Meinung, daß

die Endschlacht zwischen Kapitalismus und Arbeitern in den westlichen Industriegebieten geschlagen werden wird, darum müssen wir uns darauf verlegen, besonders kräftig dort einzugreifen, um eben diese Bewegung möglichst zu beschleunigen. Nachdem aber Genosse Gerisch in seinem Berichte die Rheinproving als das teuerste Land hingestellt hat, müssen wir unsere Anforderungen etwas tiefer herabsenken. (Auf: Sehr richtig!) Aber die Tatsachen an sich reden eine so deutliche Sprache, daß man auch dann noch nicht unverschämter wäre, wenn wir auf der Forderung bestünden und sagten, man möge den westlichen Provinzen noch mehr unter die Arme greifen. (Heiterkeit.) Zu bezug auf die Parteikorrespondenz hätte ich den Wunsch, daß diese namentlich auch den in der gewerkschaftlichen Organisation tätigen Genossen zugänglich gemacht wird (Zuruf: Geschickt ja!), es wird mitunter lebhaft beklagt, daß untere gewerkschaftlich tätige Leute mit der Zeit die richtige Fühlung mit der Partei verlieren. Namentlich die in den Ortsgruppen angestellten Beamten sind derartig mit Arbeit überlastet, daß es ihnen an der notwendigen Zeit fehlt für ihre weitere geistige Ausbildung. Wenn man diesen durch die Zustellung der Korrespondenz unter die Arme greifen würde, würden die Referate und das Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaften viel besser werden, weil diesen Beamten dann leichter Agitationsmaterial zur Verfügung steht. Wenn wir dies tun, würde manche Versammlung ein anderes Gesicht bekommen, wie es heute der Fall ist. Ferner sollte die Sammlung der Anträge eine Statistik darüber enthalten, welche Parteien regelmäßig die Anträge der sozialdemokratischen Fraktion im Reichstage zu Fall bringen, und zwar hätten wir deshalb diesen Wunsch, weil wir es vornehmlich mit der Zentrumspartei zu tun haben, die es mitunter so schlau versteht, Anträge zu stellen, weil sie weiß, die Anträge werden nicht Geleg werden. Bei anderen Gelegenheiten wiederum, wo es ihr möglich wäre, solche Anträge zu stellen, tut sie es nicht, um so zu verhindern, daß der Arbeiterschnur weiter ausgedehnt wird. Wenn wir also in einem Quellenwerke eine solche Zusammenstellung hätten, dann könnte man diese sehr gut in der Agitation gegen die Zentrumspartei verwenden. Genosse Gerisch ist der Meinung, daß es nicht angängig erscheine, einen einheitlichen Parteibeitrag festzulegen, wir sind aber zu einer anderen Ueberzeugung gekommen. Wir haben bei uns sicherlich nicht goldene Gefilde für die Arbeiter, aber seitdem wir im oberrheinischen Organisationsbezirk beschlossen haben, 10 Pf. Parteibeitrag zu zahlen, hat sich unsere Organisation in Stadt und Land um das Dreifache gehoben. Ich meine, wenn die Gewerkschafter so hohe Beiträge bezahlen, können auch wir dazu kommen, 10 Pfennig als Beitrag festzusetzen. Es muß schließlich den Organisationen am Ort überlassen bleiben, ob sie noch höhere Beiträge nehmen wollen. An der Höhe der Beiträge scheitert die Organisation nicht. Dafür haben wir den lebendigsten Wetts in der Gewerkschaftsorganisation. Durch höhere Beiträge wird die Organisation leistungsfähiger werden. Ferner bin ich der Meinung, daß der Anregung etwas mehr Nachdruck gegeben wird, daß die einzelnen Parteiorde auch dem nachkommen, was der Parteitag beschließt, denn sonst können wir uns die Kosten für den Parteitag sparen. Wofür fassen wir denn die Beschlüsse, wenn sie nicht ausgeführt werden? (Sehr richtig! Beifall.)

Es ist ein Geschäftsordnungsantrag **Scheibe-Dortmund** eingelaufen, wonach neben der Resolution des Jenaer Parteitages auch die des Kölner Gewerkschaftskongresses über den Massenstreik den Delegierten vorgelegt wird.

Scheibe-Dortmund: Eine nähere Begründung des Antrages könnte ich mir ersparen. (Sehr richtig!) Ich halte es für selbstverständlich, daß die Kölner Resolution gleichzeitig mit der Jenaer vorgelegt wird. Gerade im Punkte des Massenstreiks wird sie eine gewichtige Rolle in der Debatte spielen.

Der Antrag wird mit großer Majorität angenommen und in der Diskussion fortgesetzt.